

DAS MEINEN UNSERE LESER

„Manchmal muss man die Menschen schockieren, damit sie aufhören zu rauchen.“

Siegfried Wächter, Wuppertal, zu: Sollte es EU-weit Schockfotos auf Zigarettenschachteln geben?

Schockfotos sind sehr unappetitlich

zu: Sollte es EU-weit Schockfotos auf Zigarettenschachteln geben?

Ich kenne diese Schockbilder aus einigen Ländern, in denen sie schon lange auf den Zigarettenschachteln abgebildet werden. Leider eckeln diese nicht nur den im Besitz der Schachtel befindlichen Raucher an, sondern mitunter auch seine Mitmenschen in Sichtweite. Als Nichtraucher stört mich häufig Zigarettenrauch weniger als Zigarettenschachteln, die mit unappetitlichen Fotos garniert offen auf dem Tisch liegen.

Patrick Mau, Wuppertal

Familie muss Vorbild sein

Schockierende Bilder können nur unterstützend wirken. Die eigentliche Erziehung kann nur durch die Familie erzielt werden. Selbst die schlimmsten Fotos nützen nichts, wenn die Vorbilder rauchen.

Paul Werner, Solingen

Bilder werden nur kurz schocken

Solch hässliche Aufdrucke können doch nicht wirklich schockieren, wenn man bedenkt, was uns täglich in den Nachrichten berichtet und gezeigt wird. Die Zigarettenschachtel guckt sich doch kein Raucher wirklich an, es geht

ihm doch um den Inhalt. Nach kurzer Zeit würden auch die Warnhinweise auf den Packungen kaum noch wahrgenommen – der Mensch ist eben ein Gewohnheitstier!

Barbara Bärz, Haan

Alkohol ist auch gefährlich

Wie wäre es, wenn die Bierwerbung von solchen Bildern wie eben einer Säuerleber ersetzt würden? Die Zerstörung, die Alkohol im Körper anrichtet, ist genau so schlimm wie die durch Nikotin.

C. Nellesen, Wuppertal

Der Staat braucht die Tabaksteuer

Schockbilder wirken abschreckender als Mahnungen und brächten damit wohl ein bisschen mehr. Aber wie weit soll die Heuchelei noch gehen? Während das Gesundheitsministerium gut beraten ist, alles dafür zu tun, dass das Rauchen generell illegalisiert würde, wird das Finanzministerium alles dafür tun, dass das nicht passiert. Niemand würde wohl dem Staat unterstellen, dass er Steuerzahler sterben lassen würde, aber den einen oder anderen Toten nimmt man durch das „Nichtstun“ eben billigend in Kauf für die hohen Einnahmen aus der Tabaksteuer.

Hans Thelen, Wuppertal

ONLINE-UMFRAGE

Sollte es EU-weit Schockfotos auf Zigarettenschachteln geben?



DAS MEINEN ANDERE

„Obama kommt nicht als Messias, sondern als ganz normaler Staatsgast.“

Mannheimer Morgen, zu: Obama

„Stuttgarter Nachrichten“ zu: Internetüberwachung

Angeblich will der Auslandsgeheimdienst für den Ausbau der Internetüberwachung 100 Millionen Euro aufwenden und 100 neue Mitarbeiter einstellen. Damit würde er noch lange nicht konkurrenzfähig mit der National Security Agency, die offenbar bei den meisten Mails mitlesen kann. Solche Zustände lässt das deutsche Recht ohnehin nicht zu. Es gibt freilich Sicherheitslücken, die zu geringeren Kosten zu schließen wären. Via Internet sind verheerende Attacken auf die Infrastruktur jederzeit möglich – einschlägige Versuche bei- nahe an der Tagesordnung. Hier haben der BND & Co tatsächlich Nachholbedarf. Dazu braucht es aber keines gigantischen Apparats.

Märkische Oderzeitung (Frankfurt/Oder) zu: Ärztepfusch

Zeitnot und mangelnde Personalausstattung erleichtern dem Klinikpersonal weder die Interaktion mit den Patienten noch die Arbeit selbst. Dass es zu Fehlern kommt, ist menschlich. In diesem Beruf aber auch lebensbedrohlich. Auch wenn 82 Todesfälle angesichts von 18 Millionen Klinikbehandlungen und 560 Millionen Praxis-Fällen wenig sind – sind sie 82 zu viel. Fehler lassen sich nie ganz vermeiden, aber die Quote muss sinken. Die Rezepte sind so einfach wie anscheinend schwer umsetzbar. Ärzte brauchen bessere Arbeitsbedingungen mit strengen Kontrollmechanismen – dann bleibt kein Tuch mehr in einer Bauchhöhle.

SO ERREICHEN SIE UNS IHRE MEINUNG SENDEN SIE AN

MAIL dialog@wz-plus.de
FAX 0211/8382-2392
POST Königsallee 27, 40212 Düsseldorf



KOMMENTAR Barack Obama spricht vor dem Brandenburger Tor
Weniger Gefühl, mehr Realismus

Von Peter Lausmann
peter.lausmann@wz-plus.de

Es ist schwer, Barack Obama sachlich und damit fair zu begegnen. Extreme Emotionalität gegenüber US-Präsidenten hat in Deutschland Tradition. Der Abneigung gegen George Bush junior steht die blinde Verklärung Kennedys gegenüber. Wie dieser hat Obama 2008 bei seiner Rede in Berlin gezielt an das Gefühl und die Hoffnung der Menschen appelliert. Und dann? Nichts. Obama brach mit der Tradition seiner Vorgänger, die wichtigste Wirtschaftsnation Europas zu besuchen. Viele Deut-

sche reagierten emotional, enttäuscht, fühlten sich zurückgesetzt. Das ist menschlich, aber aus der politischen Perspektive weltfremd. Und Obama ist am Ende vor allem eines: Politiker.

Der US-Präsident hat ein gutes Gespür für Symbolik und die große Geste. Deshalb muss es morgen auch mindestens das Brandenburger Tor als Redekulisse sein. Er knüpft damit an die historischen Reden Kennedys und Reagans an. So streichelt er die Seele der Europäer und speziell der Deutschen, die sich durch seinen Schwenk nach Asien und seine Aufmerksamkeit für China vernachlässigt fühlen.

Washington rückt scheinbar wieder näher an die alten Verbündeten heran.

Doch das ist nur das Beiwerk, denn auch in Berlin vertritt Obama vor allem eines: realpolitische US-Interessen. Kamen Kennedy und Reagan noch als Präsidenten einer Supermacht, die schützend ihre Hand über Westdeutschland hielt, so hat sich die Lage drastisch geändert. Deutschland steht selbst in der Euro-Schuldenkrise als Muster-schüler in Sachen Konjunktur und Arbeitsmarkt da, während die USA nach den kräftezehrenden Kriegen wirtschaftlich verunsichert sind. In dieser Lage hat

Obama nichts mehr von dem erhofften Heilsbringer, den viele noch 2008 in ihm sahen. Bei aller Sympathie, Inszenierung und geschliffener Rhetorik, die die Zuhörer morgen erwartet, ist deshalb weniger Gefühl und mehr Realismus angesagt.

Die Nagelprobe steht bereits in den kommenden Wochen an: bei den Verhandlungen zur Freihandelszone zwischen den USA und Europa. Diese soll Vorteile für beide Seiten bringen. Dennoch werden die Verhandlungen hart werden. Barack Obama hat in der schwierigen Lage seines Landes keine Care-Pakete zu verschenken.

PORTRÄT DES TAGES



Mata Hari aus Prag

Jana Nagyova (48) steht im Mittelpunkt einer Affäre, die die tschechische Regierung in eine tiefe Krise gestürzt hat. Der engsten Mitarbeitern des bisherigen Ministerpräsidenten Petr Necas werden Amtsmissbrauch und politische Korruption im großen Stil vorgeworfen. Necas und Nagyova wird ein nicht nur dienstliches Verhältnis nachgesagt. Der 48-Jährige reichte gestern seinen Rücktritt ein.

Seit dem Wochenende sitzt Nagyova im Gefängnis. Sie soll Geheimdienste dazu missbraucht haben, um Necas' sehr zurückgezogen lebende Ehefrau Radka zu bespitzeln. Necas gab in der vergangenen Woche offiziell die Trennung von seiner Frau bekannt. Nach Polizeiangaben hatte ihn Nagyova dazu gedrängt.

Begonnen hatte die Karriere von Nagyova 2006 als Büroleiterin von Necas, der damals Minister für Arbeit und Soziales war. Nach seinem Aufstieg zum Regierungschef 2010 wurde Nagyova Kabinettschefin. Dem großen Publikum wurde ihr Name erst Anfang 2012 bekannt, als tschechische Medien über maßlose Gehaltszulagen berichteten. „Sie schuffet wie ein Galeerensklave“, kommentierte Necas damals und sorgte damit für unfreiwillige Heiterkeitserfolge. Red

Konkurrenz für den Panama-Kanal

ANALYSE Nicaragua plant eine Verbindung zwischen Atlantik und Pazifik. Das Projekt ist aber umstritten.

Von Denis Düttmann

Managua. Das bitterarme Nicaragua will zum Drehkreuz des Welthandels werden. Eine Wasserstraße zwischen Atlantik und Pazifik soll dem Panamakanal Konkurrenz machen und Millionen an Gebührengeldern in die Staatskasse des mittelamerikanischen Landes spülen. Die Regierung in Managua hat dem Hongkonger Konsortium HKND Group den Zuschlag für den Bau gegeben, das Parlament die Zustimmung erteilt. Präsident Daniel Ortega hat die nötigen Gesetze im Eiltempo durchgepeitscht.

Das Land erhofft sich einen Wirtschaftsaufschwung

Nicaragua erhofft sich von dem 300 Kilometer langen Kanal wirtschaftliche Vorteile. Der Bau soll 2014 beginnen. Bereits für 2015 rechnet er mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 15 Prozent, zitiert die Zeitung „La Prensa“ den nicaraguanschen Minister Paul Oquist.

Neben der Wasserstraße sind eine Eisenbahnlinie, eine Ölpipeline, zwei Häfen und ein Flughafen geplant. Für den Bau werden umgerechnet 30,3 Milliarden Euro veranschlagt. Die HKND Group soll 49 Prozent der Aktien halten, der Staat 51 Prozent. „Der

DER NICARAGUA-KANAL

DER KANAL soll rund 600 km nördlich des Panama-Kanals verlaufen, über den zurzeit rund fünf Prozent des Welthandels laufen.

- geplante Baukosten: ca. 30 Milliarden Euro
- Baubeginn: Mai 2014

	Tiefe	Länge	max. Tiefgang
Nicaragua-Kanal	22 m	280 km	20 m
Panama-Kanal	21 m	80 km	12,3 m
Suez-Kanal	24 m	193 km	20,1 m



Grafik: AFP, Jaroch

Nicaragua-Kanal hat das Potenzial, neue, kostengünstige Routen für den Transport von Rohstoffen zu öffnen“, sagte der Sprecher der HKND Group, Ronald MacLean-Abaroa.

Zweiter Kanal macht das Monopol Panamas zunichte

Selbst nach Abschluss der derzeitigen Erweiterungsarbeiten in Panama würden die Kapazitäten des Kanals nur rund zehn Jahre lang die Nachfrage decken, sagt der frühere bolivianische Außenminister. Für die internationale Schifffahrt wäre ein zweiter Kanal ein großer Vorteil. Die Monopolposition von Panama wäre dahin.

Kritiker werfen der Regierung aber vor, überstürzt zu handeln. Es sei versäumt worden, mit den Ureinwohnern an der Karibikküste über das Projekt zu verhandeln. „Die Gemeinden sind Eigentümer der Grundstücke. Sie sind noch nicht einmal informiert worden“, sagt die Abgeordnete Brooklyn Rivera, die der Regie-

rungspartei angehört. Die Opposition kritisiert, dass ein ausländisches Unternehmen den Kanal 100 Jahre lang betreiben soll. Zudem sei unklar, wer hinter der HKND Group stecke, kritisiert der liberale Parlamentarier Wilfredo Navarro. Vorstandsvorsitzender der HKND Group ist der Chinese Wang Jing. Dessen Telekommunikationsfirma Xinwei erwarb 2012 eine Mobilfunkkonzession für Nicaragua. Passiert ist seither nicht viel.

Umweltschützer fürchten um den Süßwasserspeicher

Umweltschützern bereitet vor allem Sorge, dass alle derzeit diskutierten Routen durch den Nicaraguasee und damit durch das wichtigste Süßwasserreservoir der Region führen. „Beim Bau des Kanals muss auf die Schutzgebiete und die Wasserspeicher Rücksicht genommen werden“, sagt Kamilo Lara von der Umweltschutzorganisation Nationales Forum für Recycling.



WESTDEUTSCHE ZEITUNG
Verlag: W. Girardet GmbH & Co. KG
Düsseldorf · Krefeld · Wuppertal
Geschäftsführung: Kersten Köhler
Redaktion: Chefredakteur: Martin Vogler, Stellvertreter: Lothar Leuschen; Nachrichten/Wirtschaft: Anja Clemens-Smicek (verantwort.), Annette Ludwig (stellv.), Wibke Busch, Anne Grages (Kultur), Michael Hammes (Hier und Heute), Tanja Henkel (Leben), Horst Kuhnes (Chefredakteur), Peter Kurz, Frank Uferkamp (Landespolitik); Sport: Olaf Kupfer (i.V.); Sondersseiten/Reise: Rolf Nöckel (verantwort.); Jürgen Mohr-Schumann (Produktion).
Korrespondenten in Berlin: Werner Kolhoff, Hagen Strauß, Stefan Vetter.
Auslandskorrespondenten: Gerd Niewerth (Paris), Dr. Jasmin Fischer (London), Knut Pries (Brüssel), Ralph Schulze (Madrid).
Leitung Leserkontakt: Björn Knippen
Anzeigenleitung: Dr. Serge Schäfers (verantwort.)
Anzeigenverkaufsleitung: Carola Rehm
Anzeigenpreisliste Nr. 42, gültig ab 1. Januar 2013.
Druck: Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH Düsseldorf/Wuppertal.
Anschrift: (für o.g. Verantwortliche): Königsallee 27, 40212 Düsseldorf, Tel. 0211/8382-0, zentralredaktion@wz.de, weitere Anschriften siehe Lokaltel.
Internet: www.wz-wuppertal.de; www.wz-krefeld.de; www.wz-duesseldorf.de; www.wz-moenchengladbach.de
Für unverlangt eingesandte Manuskripte u. Fotos wird keine Gewähr übernommen. Bei Betriebsstörungen durch höhere Gewalt, Streik usw. keine Ersatzansprüche. Die WZ verwendet Recycling-Papier.
Mittwoch mit PRISMA Wochenmagazin zur Zeitung.
LESERSERVICE: 0800/1452452 (kostenlos aus d. dt. Festnetz und per Mobilfunk) Montag bis Freitag 6.30 bis 16.00 Uhr Samstag 6.30 bis 12.00 Uhr